

Forderungen des Bundes der Deutschen Landjugend zur Bundestagswahl 2025



BDL-Forderungen auf den Punkt gebracht

- stark gekürzte Fassung -

Version mit kompletten Forderungen +

Version mit Forderungen und Begründungen auf www.landjugend.de

Bund der Deutschen Landjugend (BDL)

Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin

Tel.: 030 / 235 99 35-0

Mail: info@landjugend.de

Net: www.landjugend.de

Jugendpolitische Forderungen

Zusammen gegen Rechtsextremismus

1. Enge Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen, um Rechtsextremismus entgegenzuwirken und demokratische Werte öffentlich sichtbar zu fördern.
2. Dauerhafte gesetzliche Sicherung und angemessene Förderung bundeszentraler zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen.
3. Stärkung und Ausbau der Extremismusprävention in Schule, Ausbildung und im außerschulischen Bereich durch finanzielle und personelle Ausstattung.
4. Politische Bildung als grundlegende gesellschaftliche Kompetenz für alle Menschen.
5. Maßnahmen zur Unterbindung völkischer Siedlungsbewegungen und rechtsextremistischer Unterwanderung in ländlichen Regionen.
6. Reform des Gemeinnützigkeitsrechts zur Förderung demokratiepolitischen Engagements von Vereinen.
7. Förderung von Vielfalt und Toleranz durch gesicherte und ausgebaute Programme sowie umfassend ausgestattete Lernorte.

Förderung der Jugendverbandsarbeit

1. Bedarfsgerechte, verlässliche und dauerhafte finanzielle Ausstattung des Kinder- und Jugendplans des Bundes.
2. Gesetzliche Verankerung der Unterstützung für Kinder- und Jugendarbeit durch bundeszentrale Infrastrukturen.
3. Anpassung der finanziellen Ausstattung des Kinder- und Jugendplans an inflationäre Entwicklungen, orientiert an Steigerungsraten im öffentlichen Dienst und Diäten.
4. Verankerung des Rahmenvereinbarungsprinzips zur Verwaltungsvereinfachung in Förderprogrammen des Bundes.

Ehrenamt fördern und sichern

1. Vereinheitlichung und Förderung der Freistellung für ehrenamtliches Engagement mit einem bürokratiearmen Verfahren.
2. Einführung einer bundesweit gültigen Ehrenamtskarte, auch mit finanziellen Vorteilen wie ermäßigten Bahnfahrten und Eintrittspreisen.
3. Förderung und Stärkung der Freiwilligendienste, einschließlich eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst.
4. Qualitätssicherung in Betreuung, Bildungsarbeit und Begleitung von Freiwilligendiensten.

Rente sichern und Altersarmut verhindern

1. Zukunftssichere Rentenpolitik mit Berücksichtigung von Care-Arbeit und Stabilität des Renteneintrittsalters.
2. Solidarische Einzahlungen von Abgeordneten in die gesetzliche Rentenkasse.
3. Berücksichtigung gesellschaftsrelevanter Leistungen wie Pflege, Kindererziehung und ehrenamtliches Engagement bei der Rentenberechnung.
4. Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zur gerechten Lastenverteilung.
5. Vermittlung finanziellen Basiswissens in Schulen und Ausbildung zur Prävention von Altersarmut.
6. Einberufung eines Generationengipfels zur Reform der Rentenpolitik unter gleichberechtigter Beteiligung junger Menschen.

Jugendbeteiligung stärken

1. Gesetzliche Verankerung echter Jugendbeteiligung auf Bundesebene mit angemessenen Informations- und Beteiligungsprozessen.
2. Implementierung der Kinderrechte im Grundgesetz gemäß der UN-Kinderrechtskonvention.
3. Einführung eines verpflichtenden Jugend-Checks für alle Gesetzgebungsprozesse und Ressorts.

Fachkräfte gewinnen und halten

1. Sicherung der Attraktivität von Ausbildungsberufen und faire Bezahlung während der Ausbildung.
2. Unterstützung von Auszubildenden in ländlichen Regionen durch Wohnungs-, Mobilitäts- und Führerscheinförderung.
3. Ausbau von Weiterbildungsangeboten, Umschulungen und Meisterförderungen.
4. Ausbau von Integrationsmaßnahmen, Mentoringprogrammen und Sprachkursen für zugewanderte Fachkräfte.

Gender Pay Gap abschaffen

1. Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männer durch Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Lohnstruktur.
2. Abbau des Gender Pay Gaps und Sicherstellung von Chancengleichheit mit Entgeltersatzleistung für Pflegendе, öffentlicher Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen, 10 Tage Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile rund um die Geburt mit vollem Lohnersatz, Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und Individualbesteuerung für alle, Schaffung von Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte und familienorientierte Arbeitszeitmodelle.

Fake News vergiften Wissen: Parteien in die Pflicht nehmen

1. Einführung einer gesetzlichen Grundlage, um Parteien, die nachweislich Fake News erzeugen und verbreiten, mit einer Strafgebühr in Höhe von 1 % ihrer Parteienfinanzierung zu belegen.

Junge Menschen im digitalen Raum schützen

1. Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen und verbindlicher Regulierung der Algorithmen in Sozialen Medien.
2. Einrichtung eines unabhängigen Gremiums zur regelmäßigen Prüfung ethischer, technischer, datenschutzrelevanter und sozialer Fragestellungen.
3. Abschluss verbindlicher Verträge mit Unternehmen zur Einhaltung der Regelungen.

Prävention häuslicher Gewalt

1. Ausbau von Frauenhäusern und Ansprechstellen.
2. Adäquate Finanzierung von Fachberatungsstellen sowie Schutz- und Interventionseinrichtungen, insbesondere in ländlichen Regionen.
3. Sicherung und Unterstützung von Selbsthilfestrukturen.
4. Schnellere Umsetzung der Strafverfolgung mit sensibler Gestaltung der Verfahren.
5. Prüfung und Anpassung der Gesetzeslage und Rechtspraxis zur Verbesserung des staatlichen Schutzauftrags.
6. Ausbau zielgruppenspezifischer Maßnahmen für gefährdete Frauen.
7. Unterstützung des Umfelds von gefährdeten, betroffenen und getöteten Frauen.
8. Etablierung spezifischer Maßnahmen zur Unterstützung der Kinder ermordeter Frauen.

9. Entwicklung und Einführung eines Risiko-Bewertungsinstruments sowie bessere Vernetzung der Schnittstellen.
10. Ausbau der Dunkelfeldforschung.
11. Einführung niedrigschwelliger Täterarbeitsprogramme.
12. Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Entwicklung ethischer Richtlinien für die Berichterstattung.
13. Verpflichtende Schulungen und Fortbildungen in relevanten Berufen.
14. Förderung gewaltfreier Räume und Diskussionen in den Sozialen Medien.

Generationengerechtigkeit sichern – Haushaltspolitik zukunftsfit ausgestalten

1. Umgestaltung der Schuldenbremse zugunsten der Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
2. Politische Entscheidungen treffen, um Investitionen in soziale, technische, wirtschaftliche und regionale Daseinsvorsorge zu sichern.
3. Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung.
4. Gesetzliche Festschreibung und Garantie der Grundausstattung der Daseinsvorsorge, unabhängig von der Wirtschaftlichkeit.
5. Priorisierung des Gemeinwohls vor wirtschaftlichen Interessen.

Durchführung von internationalen Begegnungen

1. Verlässliche Förderung der Träger internationaler Jugendarbeit.
2. Stärkere gesellschaftliche und politische Anerkennung des internationalen Jugendaustauschs.
3. Bedarfsgerechte Finanzierung und Ausbau der Programme Erasmus+ und Europäischer Solidaritätskorps.
4. Jugendgerechte Gestaltung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU.

Agrarpolitische Forderungen

Forderungen zur Einkommensperspektive und Planungssicherheit für Junglandwirt:innen

1. Einkommensperspektiven: Verbesserung der Einkommensperspektiven für Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen durch die Orientierung an den Entwicklungspfaden der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL).
2. Risikoausgleichsrücklage: Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, um Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen bei politischen und wirtschaftlichen Krisen zu unterstützen.
3. Verlängerung des GAP-Zeitraums: Einsatz für eine Verlängerung des GAP-Zeitraumes auf 10 Jahre und längere Übergangsfristen, z. B. für bauliche Maßnahmen in der Tierhaltung.
4. Wettbewerbsstellung: Sicherstellung fairer Marktbeziehungen zwischen Handel, Erzeuger:innen, verarbeitenden Unternehmen und Verbraucher:innen, ohne weitere Konzentration der Handelsketten.

Forderungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und europaweiten Lösungen

1. Aufstockung der Junglandwirt:innen-Förderung: Stärkung des Finanzvolumens der GAP auf europäischer Ebene und Aufstockung der Junglandwirt:innen-Förderung auf 6 % des GAP-Budgets.
2. Vereinfachung des GAP-Antragsverfahrens: Vereinfachung des Antragsverfahrens zur GAP-Förderung durch verständlichere Prozesse und Unterstützung durch Lotsen und Beratungsangebote.

3. Unternehmerisch attraktive Umweltleistungen: Gestaltung der Ökoregelungen im Rahmen der GAP so, dass sie für Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen unternehmerisch attraktiv und regional sinnvoll sind.
4. Europaweite Lösungen zur Wettbewerbsfähigkeit: Förderung einheitlicher EU-Standards und -Regelungen, um die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe zu erhalten, z. B. durch Anpassung der Besteuerung von Agrardiesel und Pflanzenschutzmitteln an den europäischen Durchschnitt.
5. Förderung alternativer Antriebstechniken: Förderung der Entwicklung alternativer Antriebstechniken und steuerliche Befreiung von nicht-fossilen Kraftstoffen.
6. Generationenwechsel in der Landwirtschaft: Einrichtung eines „runden Tisches“ für den Generationswechsel in der Landwirtschaft, mit frühzeitigen und gezielten Fördermaßnahmen zur Unterstützung von Hofübergaben und -übernahmen.

Wirtschaftliche Forderungen:

1. Zugang zu Boden für Junglandwirt:innen und Existenzgründer:innen erleichtern.
2. Zielkonflikte in Gesetzen zwischen Umwelt-, Klimaschutz und Tierwohl beseitigen.
3. Umbau der Tierhaltung finanzieren und die laufenden Mehrkosten der Tierhalter:innen decken.
4. Nachlegen für 5xD: Herkunftskennzeichnung bei Fleischwaren auf Verarbeitungserzeugnisse und Gastronomie ausweiten.
5. Vereinfachte Bewilligungsvorgänge für umwelt- und tierschutzrelevante Baumaßnahmen.
6. Privilegiertes Bauen im Außenbereich für Landwirt:innen beibehalten.
7. Bürokratiewust in der Landwirtschaft abbauen, Praxisnähe der Vorgaben mit verpflichtenden Bürokratiechecks sicherstellen und Antrags- sowie Nachweispflichten vereinfachen.
8. Umsatzsteuerpauschalierung spürbar anheben.
9. Digitalisierung voranbringen und Hoheit der Landwirt:innen über ihre Daten sicherstellen.
10. Weinbaugipfel zur Lösung der Weinbaukrise veranstalten.

Nachhaltigkeit und Umweltschutz:

1. Regionale Produktion und Wirtschaftskraft vor Ort stärken.
2. Erneuerbare Energien fördern und ländliche Regionen von deren Erzeugung profitieren lassen.
3. Ausbau von Speicherkapazitäten für erneuerbare Energien vorantreiben.
4. Systemdienlichkeit der Biogasanlagen fördern.
5. Wertschöpfung für erneuerbare Energien am Entstehungsort versteuern.
6. Ausbau von Freiflächen-PV begrenzen und den Solarenergieausbau auf Dächern und versiegelten Flächen fördern.
7. Flächenfraß stoppen, Industriebrachland rekultivieren und Siedlungsentwicklung nachhaltig gestalten.
8. Klimaschutzmaßnahmen wie Anbau von Eiweißpflanzen und CO₂-Speicherung im Boden anerkennen und fördern.
9. CO₂-Bepreisung für landwirtschaftliche Betriebe anpassen, um Greenwashing zu vermeiden.
10. Freiwillige Klimaberatung für Betriebe anbieten.
11. Forschung im Bereich der neuen Züchtungstechniken fördern, insbesondere für den Weinbau.

12. Nachhaltige und wissenschaftlich fundierte Wolfspolitik entwickeln.

Pflanzenschutz und bedarfsgerechte Düngung:

1. Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel beschleunigen, Notfallzulassungen ermöglichen.
2. Einsparungen durch Precision Farming honorieren und Anpassung der nitratbelasteten Gebiete vornehmen.
3. Feldspezifische Düngeplanung abschaffen und eine differenzierte Planung nach Standort und Verursacher umsetzen.

Soziale und andere Aspekte:

1. Berufswettbewerb der deutschen Landjugend (BWB): BWB bedarfsgerecht fördern und unterstützen. Einen Empfang für die Siegerinnen und Sieger im Bundesministerium und im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ausrichten.
2. Verbesserung der Forschungs- und Berufsschulstandorte: Der Bund soll diese finanziell flankieren und damit eine moderne Ausrichtung der Ausbildungsstätten sicherstellen.
3. Mehr Beteiligung von Junglandwirt:innen an Entscheidungen: Einbeziehung von Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen in Planungs- und Entscheidungsprozesse durch politische Entscheidungsträger:innen und gesellschaftliche Interessensgruppen.
4. Ausbau von Mental Health Leistungen: Erweiterung der psychosozialen Beratungsangebote für Landwirt:innen sowie Ergänzung durch staatliche Angebote zur Unterstützung der mentalen Gesundheit.

Forderungen für die Entwicklung ländlicher Räume

Forderungen zur Attraktivität ländlicher Regionen:

1. Stärkung regionaler und interkommunaler Kooperationen zur Sicherstellung dauerhafter, finanzstarker kommunaler Haushalte.
2. Förderung bedarfsgerechter und effizienter Angebote an öffentlichen und privaten Dienstleistungen.
3. Unterstützung von kleinen, regionalen, Strukturen zur Sicherstellung eines breiten kulturellen Angebots.
4. Förderung von Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Industrien in ländlichen Regionen.
5. Unterstützung nachhaltiger Unternehmen durch öffentliche Förderung.
6. Knüpfung öffentlicher Aufträge an klimafreundliche und sozialverträgliche Kriterien.
7. Fortsetzung der Ansiedlung von Behörden, Einrichtungen und Hochschulen in ländlichen Regionen.
8. Erhalt und Renovierung von Ortskernen, Priorisierung von Altbauten und Umnutzung vorhandener Strukturen.
9. Umsetzung von Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum und Förderung von Altbausanierung.
10. Unterstützung von Initiativen, die den Zuzug und Rückzug von jungen Menschen und Familien in ländliche Regionen fördern.
11. Ausbau und Sicherung von Beratungsangeboten und Netzwerken zur Unterstützung des Zuzugs.

Forderungen zur Gesundheitsversorgung und Pflege:

1. Förderung der Ansiedlung und des Verbleibs von Hausärzt:innen und Pflegediensten im ländlichen Raum.
2. Erhalt von Krankenhäusern, Facharztpraxen und Geburtstationen.
3. Sicherstellung eines breiten Angebots an regionalen Gesundheitsdienstleistungen durch Verzahnung von ambulanten und stationären Leistungen.
4. Förderung von Medizinstudienplätzen, Landärzt:innen und innovativen Versorgungskonzepten.

Forderungen zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse:

1. Öffnung von Artikel 104c im Grundgesetz zur Erleichterung der Kooperation zwischen Bund und Ländern.
2. Ergänzung von Artikel 91a um das Ziel „Ländliche Entwicklung“ zur Förderung strukturschwacher ländlicher Regionen.
3. Fortsetzung und zusätzliche Ausstattung der Förderung von finanzschwachen Kommunen im Rahmen der GAK.
4. Reduzierung der Eigenmittelhürde von 10% und Zulassung der Quantifizierung von Eigenleistungen.
5. Verankerung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als gesonderte Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz.
6. Bereitstellung von Mitteln für die Entwicklung von Lebensperspektiven für junge Menschen in ländlichen Regionen.
7. Verbesserung der Koordination von Förderprogrammen von Bund und Ländern und Unterstützung bei der Antragstellung.
8. Berücksichtigung der Lebensbedingungen junger Menschen auf dem Land in der Forschungsförderung.

Forderungen zur Wirtschaft und Unternehmertum junger Menschen:

1. Besondere Unterstützung von Unternehmensgründungen durch junge Menschen in ländlichen Regionen.
2. Berücksichtigung steuerlicher Vorteile, wie die spätere Abführung von Umsatzsteuer in der Anfangsphase von Unternehmensgründungen.
3. Abbau bürokratischer Hürden bei Jugendverbänden und kleinen sowie mittelständischen Unternehmen.
4. Unterstützung von Unternehmensgründungen im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement.
5. Einführung eines Bonussystems für ehrenamtlich Engagierte bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel.
6. Förderung von kreativem und unternehmerischem Denken in Jugendverbänden.
7. Anerkennung von Jugendverbänden als kreatives und innovatives Potential für unternehmerischen Nachwuchs.

Forderungen zur Mobilität junger Menschen auf dem Land:

1. Entwicklung von jugendgerechten und digitalen Mobilitätskonzepten zur besseren Anbindung ländlicher Regionen an Ballungszentren.
2. Einführung eines Bildungstickets für Schüler:innen, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Juleica-Inhaber:innen.
3. Ausbau der Anbindung ländlicher Räume an Ballungszentren und Erhöhung der Taktfrequenz im öffentlichen Nahverkehr.

4. Verbesserung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur, einschließlich Beleuchtung und Sicherheitsmaßnahmen.
5. Abschaffung von Gebühren für die Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Nahverkehr.
6. Verbesserung der Barrierefreiheit an Haltestellen und in Verkehrsmitteln.
7. Bereitstellung von WLAN an Haltestellen und in Bussen und Bahnen.
8. Ergänzung des ÖPNV durch Sharing-Angebote wie Leihfahrräder, Carsharing oder E-Scooter.
9. Prüfung der Wiedereröffnung stillgelegter Strecken.
10. Einführung von Nachtbussen in ländlichen Regionen, mindestens am Wochenende.
11. Förderung und Unterstützung von privaten und ehrenamtlich betriebenen Fahrdiensten (z. B. Abruf- und Bürgerbusse).
12. Beim Ausbau des Streckennetzes muss die Anbindung ländlicher Regionen Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit haben.
13. Besondere Beachtung der Fahrradinfrastruktur und Barrierefreiheit bei Fördervorhaben und strukturellen Planungen.